Stand: 15.12.2025 19:31:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14421

"Gemeinnützigkeit für Freifunkinitiativen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/14421 vom 24.11.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15489 des HA vom 02.02.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/15696 vom 22.02.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 22.02.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

24.11.2016 **Drucksache** 17/14421

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinnützigkeit für Freifunkinitiativen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit nicht kommerziell orientierter Freifunkinitiativen und anderer bürgerschaftlicher Initiativen zum Ausbau freier WLAN-Netze stark zu machen.

Dazu soll die Staatsregierung in Abstimmung mit den anderen Ländern im Rahmen einer Bundesratsinitiative eine dahingehende Änderung von § 52 Abs. 2 Satz 1 der Abgabenordnung (AO) einbringen. Unbeschadet davon wird die Staatsregierung weiterhin aufgefordert, genannten Initiativen im Freistaat Bayern gem. § 52 Abs. 1 i.V.m. § 52 Abs. 2 Satz 2 AO die Gemeinnützigkeit zuzuerkennen, soweit die entsprechenden formalen Voraussetzungen gegeben sind.

Begründung:

Freifunk-Initiativen treiben mit großem Engagement den Ausbau freier und frei zugänglicher Netze im Freistaat Bayern für die Allgemeinheit voran. Dabei stoßen sie jedoch immer wieder auf Probleme mit den zuständigen Finanzbehörden, indem ihnen die Gemeinnützigkeit nicht zuerkannt wird. Der Großteil der Freifunkinitiativen verfolgt jedoch keinerlei kommerzielle Interessen, vielmehr wird oft auch Bildungsarbeit in den Bereichen Medienkompetenz und Verständnis für IT-Zusammenhänge geleistet. Doch auch wenn Freifunkinitiativen nicht schon dadurch die Förderung der Bildung oder eines anderen Katalogzwecks im Sinne von § 52 Abs. 2 Satz 1 AO erfüllen, ist ihr Zweck dennoch die selbstlose Förderung der "Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet". Gemäß § 52 Abs. 2 Satz 2 AO lässt dieser Zweck eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch die Finanzbehörden der Länder ausdrücklich zu. Auch der Freistaat Bayern sollte die Zeichen der Zeit erkennen und die selbstlose Förderung frei zugänglicher Netze in diesem Sinne als gemeinnütziges Engagement anerkennen.

Zeitgleich benötigt § 52 Abs. 2 Satz 1 AO eine zeitgemäße Anpassung. Über eine Bundesratsinitiative und die Koordination dieser mit den anderen Ländern soll sichergestellt werden, dass die Katalogzwecke des § 52 Abs. 2 Satz 1 AO entsprechend erweitert werden. So kann nicht nur im Freistaat, sondern im gesamten Bundesgebiet, Rechtssicherheit für Freifunk-Initiativen geschaffen werden, die viel Zeit und eigene Ressourcen in den Aufbau freier Netze investieren.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.02.2017 Drucksache 17/15489

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/14421

Gemeinnützigkeit für Freifunkinitiativen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzen über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Freifunk-Initiativen zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie handhabt die Finanzverwaltung des Freistaates derzeit die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen und anderer bürgerschaftlicher Initiativen zum Ausbau freier WLAN-Netze?
- Strebt die Staatsregierung eine einheitliche Behandlung der Initiativen bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit an?
- Welche Bund-Länder-Vereinbarungen gibt es hinsichtlich der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen?
- Wie positioniert sich die Staatsregierung zu der angekündigten Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gemeinnützigkeit von Freifunk und wie steht sie einer Änderung der Abgabenordnung in diesem Sinne gegenüber?

 Inwieweit hält die Staatsregierung die Privilegierung von Amateurfunk im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 23 AO für sinnvoll, jedoch nicht die von Freifunk?"

Berichterstatter: Thomas Mütze
Mitberichterstatter: Wolfgang Fackler

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 137. Sitzung am
 Dezember 2016 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 2. Februar 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Peter Winter Vorsitzender

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.02.2017 Drucksache 17/15696

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/14421, 17/15489

Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für Freifunk-Initiativen zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wie handhabt die Finanzverwaltung des Freistaates derzeit die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen und anderer bürgerschaftlicher Initiativen zum Ausbau freier WLAN-Netze?
- Strebt die Staatsregierung eine einheitliche Behandlung der Initiativen bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit an?
- Welche Bund-Länder-Vereinbarungen gibt es hinsichtlich der Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen?
- Wie positioniert sich die Staatsregierung zu der angekündigten Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gemeinnützigkeit von Freifunk und wie steht sie einer Änderung der Abgabenordnung in diesem Sinne gegenüber?
- Inwieweit hält die Staatsregierung die Privilegierung von Amateurfunk im Sinne von § 52 Abs. 2 Nr. 23 Abgabeordnung (AO) für sinnvoll, jedoch nicht die von Freifunk?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 1 bis 3 aufgeführten Subsidiaritätsangelegenheiten betreffend die Verhältnismäßigkeitsprüfung **Erlass** vor neuer Berufsreglementierungen sowie die Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden und betreffend die Durchsetzung der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt und der Änderung der Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und diese weiter dazu aufzufordern, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Es sind dies die Drucksachen 17/15503 bis einschließlich 17/15505. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen können Sie der aufgelegten Liste entnehmen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über drei Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer, Alex Dorow u.a. CSU,

Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Subsidiarität**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen COM(2016) 822 final

BR-Drs. 45/17

Drs. 17/15503, 17/15604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer, Alex Dorow u.a. CSU.

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (Neufassung)

COM(2016) 836 final

BR-Drs. 37/17

Drs. 17/15504, 17/15603 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	A	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer, Alex Dorow u.a. CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Durchsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, zur Festlegung eines Notifizierungsverfahrens für dienstleistungsbezogene Genehmigungsregelungen und Anforderungen sowie zur Änderung der Richtlinie 2006/123/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems COM(2016) 821 final

BR-Drs. 6/17

Drs. 17/15505, 17/15602 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	Z

Anträge

4.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Interessen der Studierenden berücksichtigen: Keine Insellösung beim e-BAföG
	Drs. 17/13791, 17/15416 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WAHLER	GRU
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drohnenverordnung

Drs. 17/13812, 17/15433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			ENTH

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ausbau der Berufsorientierung am Gymnasium Drs. 17/13883, 17/15485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einbürgerungen von Kosovarinnen und Kosovaren erleichtern Drs. 17/13885, 17/15482 (A) Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

Anlage zur 97. Vollsitzung am 22. Februar 2017

8.	 Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CS Taktverdichtung und Betriebszeitenerweiterung der Bahnverbindung Mühldorf – Salzburg Drs. 17/14056, 17/15432 (E) 				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
9.	Antrag der Abgeordnet Kathi Petersen u.a. SP Traumatherapie für Flü Drs. 17/14112, 17/154	PD ichtlinge 77 (A)	zner, Ruth Müller,		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
10.	Antrag der Abgeordnet Statistische Erfassung Drs. 17/14187, 17/154	von wohnungssuchen			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A	ENTH	
11.	Antrag der Abgeordnet Thomas Gehring u.a. u Neue Zweige an der Fo Drs. 17/14188, 17/154	ınd Fraktion (BÜNDNI OS gewährleisten			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

Anlage zur 97. Vollsitzung am 22. Februar 2017

12.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gemeinsames Verkehrsprojekt der Höllentalbahn zwischen Thüringen und Bayern Drs. 17/14221, 17/15430 (E)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
13.	Antrag der Abgeordner Petra Dettenhöfer u.a. Infrastruktur in der Obe Drs. 17/14330, 17/154	CSU erpfalz stärken	tz, Sylvia Stierstorfer,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
14.	Antrag der Abgeordner Verena Osgyan u.a. ur Gemeinnützigkeit für F Drs. 17/14421, 17/154 Votum des federführer Staatshaushalt und Fir	nd Fraktion (BÜNDNIS reifunkinitiativen 89 (E) nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
15.	Antrag der Abgeordner Christine Kamm u.a. u Taktverdichtung der Ba Drs. 17/14424, 17/154	nd Fraktion (BÜNDNIS ahnverbindung Treuch	S 90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

16.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartma Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bessere Kontrolle der Pflegequalität und nicht der Dokumentation! Drs. 17/14481, 17/15478 (A)			
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH		
17.	Dringlichkeitsantrag de Bernhard Seidenath u. Weiterhin Menschlichk Drs. 17/14501, 17/154	a. und Fraktion (CSU) eit und Professionalitä)	•
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	csu	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH		A
18.	Dringlichkeitsantrag de Prof. (Univ. Lima) Dr. I Effektive Kontrollen für Drs. 17/14502, 17/154	Peter Bauer u.a. und F reine menschenwürdi	raktion (FREIE WÄHL	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
19.	Antrag der Abgeordne Inge Aures u.a. und Fr Bericht über die Tätigk Drs. 17/14526, 17/154	aktion (SPD) eit der Heimaufsicht ir		
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z			Z

Anlage zur 97. Vollsitzung am 22. Februar 2017

20.	 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Straßenausbaubeiträge: Evaluation der Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) Drs. 17/14510, 17/15255 (E) 				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		Sport		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
21.	Antrag der Abgeordne Rosi Steinberger u.a. Mineralöl in Lebensmit Drs. 17/14515, 17/154 Votum des federführer Umwelt und Verbrauch	und Fraktion (BÜNDNI tteln überprüfen 07 (E) nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
22.	Antrag der Abgeordne Thomas Gehring u.a. Berufsgruppenkonzep 5 Jahre später Drs. 17/14516, 17/154	und Fraktion (BÜNDNI t ein Ausweg aus der E	S 90/DIE GRÜNEN)	Bayern?	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	
23.	Antrag der Abgeordne Nikolaus Kraus u.a. ur Verordnung zum Schu tierschutzgerecht ums Drs. 17/14529, 17/154	nd Fraktion (FREIÉ W <i>Ä</i> itz gegen die Anstecke etzen	ÄHLER)	hufer (EIA)	
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z	Z	Z	Z	

zur 97. Vollsitzung am 22. Februar 2017

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ungleichgewicht der Kräfte in der Lebensmittelkette beenden – Vorschlag der Europäischen Task Force Agrarmärkte unterstützen Drs. 17/14530, 17/15506 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU

Naturkosmetik

Drs. 17/14613, 17/15409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz und Mobilität in Bayern XI – Klimaschädliche Subventionen im Verkehrsbereich: Energiesteuervergünstigungen für Diesel abbauen Drs. 17/14664, 17/15410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	Z

zur 97. Vollsitzung am 22. Februar 2017

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Sicherheitskonzept zum Oktoberfest Drs. 17/14773, 17/15254 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD Demokratische Reform der Limbach-Kommission Drs. 17/14774, 17/15124

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Walter Nussel, Eberhard Rotter u.a. CSU Verminderung von Verkehrsunfällen mit Lkw-Beteiligung – Möglichkeiten der Außerbetriebsetzung der in den LKW verbauten Fahrerassistenzsysteme (Abstandswarner/Notbremsassistent) verhindern Drs. 17/14861, 17/15140

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, **der den Antrag für erledigt erklärt hat.**